

Massive Schwarzarbeit

Unterschiedliche Rezepte gegen hohe Belastungen

Von Jürgen Köhler-Götze

Uelzen. „Im Ziel sind wir uns einig, nur der Weg dahin ist strittig.“ Brigitte Pothmer, Bundestagsabgeordnete der Grünen, war eigens nach Uelzen gekommen, um sich mit der Forderung von Claudia Pfeifer, Obermeisterin der Uelzener Friseurinnung, auseinanderzusetzen.

Die macht derzeit Lobbyarbeit. Die Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für das Friseurhandwerk möchte sie erreichen (AZ berichtete). „Ein Drittel der Friseursalons in Niedersachsen zahlt nicht eine Kopeke. Weder Umsatzsteuer, noch Sozialabgaben“, beschreibt sie das Problem. Sie gelten als Kleinstbetriebe, weil sie weniger als 17 500 Euro Umsatz machen. Die sind von der Steuer befreit. „Glauben sie’s mir“, beschwört Pfeifer die Abgeordnete,



Brigitte Pothmer

te, „die sorgen dafür, dass sie auch nicht einen Euro über die 17 500 Euro kommen.“

Und offiziell hätten diese Betriebe auch keine Angestellten, so dass eben auch keine Sozialabgaben fällig würden. Ehrlich arbeitende Betriebe dagegen müssen immerhin ein Fünftel ihrer Einnahmen als Umsatzsteuer zahlen. „Und das, was ich jeden Monat an Sozialabgaben abführe, ist fast so viel wie das, was ich meinen Angestellten auszahle.“

Pfeifer fordert die nach EU-Recht mögliche Reduzierung des Steuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen und verweist dabei auf einen Versuch in den Niederlanden. Dort seien die Einbußen des Staates durch erhöhte Umsätze wieder ausgeglichen.

Da aber ist Pothmer skeptisch: „Bislang ist jede Steuerenkung inklusive der rot-grünen, die uns als kostenneutral verkauft wurde, richtig teuer für den Staat geworden.“ Und die vielen Ausnahmen bei der Steuer könne man auch niemandem mehr verständlich machen. „Ich sehe auch keinen Bündnispartner für diese Forderung.“

Das Problem mit der Bestimmungsgrenze von 17 500 Euro sieht sie sehr wohl und verspricht, das im Bundestag zum Thema zu machen. Ziel: Besteuerung vom ersten Euro Umsatz an.

Sie gibt Pfeifer Recht, dass die Schwarzarbeit auch bei den Friseuren energisch bekämpft werden muss. „Seit Jahren fordern wir dafür das Personal beim Zoll.“

Letztlich sieht sie aber weniger ein Steuer-, sondern eher ein Abgabenproblem. „Mein Vorschlag: Für alle Betriebe und Beschäftigten ein geringerer Beitrag zur Sozialversicherung. Bis 2000 Euro sehr wenig, darüber langsam ansteigend.“ Die Differenz solle dann aus Steuermitteln zugeschossen werden. „Das System ist in Frankreich etabliert und funktioniert. Da lohnt sich Schwarzarbeit einfach nicht mehr.“ Und damit bekäme der Staat dann doch mehr in die Kasse. „Wir sprechen da immerhin von fünf Millionen Schwarzarbeitern.“

Trotz ihrer Skepsis will sie sich über den niederländischen Versuch schlaumachen.



Claudia Pfeifer

Fotos: kögö